

Übersicht: EU-Gesetzgebung (keine vollständige Aufzählung)

Dezernat I

	EU-Recht
Soziales	06.02.24: Beschluss EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
	2011: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt; 2018 Inkrafttreten Deutschland; 2023 Beitritt EU
Digitalisierung/ IT	Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
	Richtlinie über die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen (NIS-Richtlinie) und ggf. NIS 2, je nachdem wie die Überführung ins deutsche recht (Verpflichtung Okt. 2024) aussieht
	Richtlinie über den elektronischen Rechtsverkehr
	Richtlinie über barrierefreie Websites und mobile Anwendungen

Dezernat II

	EU-Recht
Klimaschutz	Richtlinie (EU) 2023/1791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 zur Energieeffizienz und zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 (Neufassung)
	Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
	Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“)
	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung)
	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff
	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie für Wasserstoff (Neufassung)

	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 im Hinblick auf eine Verschärfung der CO2-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang mit den ehrgeizigeren Klimazielen der Union
	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU
Vermessung, Flurneuordnung und Geoinformation	Richtlinie 2007/2/EG vom 14.03.2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (sog. INSPIRE-Richtlinie)
	Richtlinie 2019/1024 vom 20.06.2019 über offene Daten und die Weiterverarbeitung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung der PSI-Richtlinie 2013/37/EU)
Immissionsschutz	Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.05.2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa, geändert durch Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 und zuletzt berichtigt am 27.03.2020
	Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.11.2010, zuletzt geändert durch Berichtigung vom 19.06.2012, über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung - "IED/IE-Richtlinie")
	Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.12.2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten und Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.04.2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten
	Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2015 zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft (MCP-Richtlinie)
	Richtlinie (EU) 2016/2284 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.12.2016 über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/81/EG
	Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.12.2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
	Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22.12.2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien
	Richtlinie (EU) 2023/2413 des Europäischen Parlaments und Rates vom 18.10.2023 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001, der Verordnung (EU) 2018/1999 und der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates („Renewable Energy Directive III bzw. RED III)

Gefahrstoffrecht	Verordnung (EU) Nr. 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates über persistente organische Schadstoffe (POP-Verordnung)
	Richtlinie 2004/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen aufgrund der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Farben und Lacken und in Produkten der Fahrzeugreparaturlackierung sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/13/EG
	Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013
	Richtlinie 2009/148/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz
	Richtlinie 98/24/EG des Rates zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 89/391/EWG des Rates über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit
	Verordnung (EU) Nr. 453/2010 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)
Sprengstoffrecht	Richtlinie 2008/43/EG der Kommission zur Einführung eines Verfahrens zur Kennzeichnung und Rückverfolgung von Explosivstoffen für zivile Zwecke gemäß der Richtlinie 93/15/EWG des Rates
Abfall	Richtlinie (EU) 2018/851 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle
	Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien
	Verordnung (EG) Nummer 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen vom 15.07.2006. Mit Berichtigungen der Verordnung am 28.11.2008, 13.12.2013 und 22.10.2015.
	Die Verordnung (EG) Nummer 1013/2006 wird gemäß Artikel 85 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1157 mit Wirkung vom 20. Mai 2024 aufgehoben. Jedoch gelten die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nummer 1013/2006 gemäß Artikel 85 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1157 weiterhin bis 21. Mai 2026, mit Ausnahme unter anderem von Artikel 30, der am 20. Mai 2024 seine Gültigkeit verliert und von Artikel 37, der weiterhin bis 21. Mai 2027 gilt. Artikel 85 Absatz 3, 5, 6 und 7 der Verordnung (EU) 2024/1157 enthalten weitere Übergangsbestimmungen bezüglich der Verordnung (EG) Nummer 1013/2006.
	Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt

	Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren und zur Aufhebung der RICHTLINIE 91/157/EWG
	Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge
	Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte
Wasser und Boden	VERORDNUNG (EU) 2020/741 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung von behandeltem kommunalem Abwasser zur landwirtschaftlichen Bewässerung (Water Reuse)
	Europäische Strategie: Green Deal und Null-Schadstoff-Strategie (2020) Überarbeitung von europäischen Richtlinien und Verordnungen u.a. - Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL) - Änderung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Umweltqualitätsnormenrichtlinie (UQN-RL) - Kommunalabwasser-Richtlinie
	Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch umgesetzt in nationales Recht durch die neue TrinkwasserVO (In Kraft getreten am 24.06.2023)
Arbeitsschutz	Richtlinie 89/391/EWG des Rates über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit
	Richtlinie 91/383/EWG des Rates zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis
	Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung
	Richtlinie 89/654/EWG des Rates über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2009/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 89/656/EWG des Rates über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 90/269/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten, die für die Arbeitnehmer insbesondere eine Gefährdung der Lendenwirbelsäule mit sich bringt (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)

	Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2004/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2000/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Siebte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 92/57/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (Achte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 92/58/EWG des Rates vom 24. Juni 1992 über Mindestvorschriften für die Sicherheits- und/oder Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz (Neunte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 98/24/EG des Rates zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 1999/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (Fünfzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2002/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Vibrationen) (16. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2003/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Lärm) (17. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2006/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (künstliche optische Strahlung) (19. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)
	Richtlinie 2013/35/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG

Wald	EU-Waldstrategie für 2030
	EU-Biodiversitätsstrategie für 2030
	Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als Hauptquelle europäischer Finanzmittel für Wälder
	Richtlinie 1999/105/EG Verkehr forstliches Vermehrungsgut
	Richtlinie 2000/29/EG Schutz gegen Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse
	Richtlinie 2018/2001 Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
	Bewirtschaftung von Wäldern in FFH-Gebieten
	Verordnung 2021/783 Einrichtung des Programms für die Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) – ressourcenschonende Nutzung von Wäldern
	Verordnung 995/2010 Verbot Handel mit illegal geschlagenem Holz
	Verordnung 2018/841 Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft
	Verordnung 2023/1115 Entwaldungsfreie Produkte
	EU-Aktionsplan „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT)“
Landwirtschaft ⇒ Förderrecht	Für den aktuell geltenden Förderzeitraum der EU (2023 bis 2027) sind vor allem die nachfolgenden 4 Haupt-Verordnungen der EU (mit zahlreichen nachfolgenden VOen und ÄnderungsVOen) entscheidend für die Umsetzung der Agrarförderung in Deutschland. Daraus wurde in Deutschland der GAP-Strategieplan mit mehr als 2.000 Seiten entwickelt, in dem die Förderstrategien, Ziele und einzelnen Förderprogramme zusammengefasst sind. Insgesamt gibt es umfangreiche, sehr detaillierte, komplexe und komplizierte EU-Vorgaben, die sich ständig ändern und stetig neu in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Den Überblick zu behalten ist schwer bis unmöglich!
	GAP-Strategieplanverordnung, VO (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2.12.2021 mit diversen nachfolgenden VOen und delegierten VOen zur Umsetzung
	Horizontale Verordnung VO (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2.12.2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 mit diversen nachfolgenden VOen und delegierten VOen zur Umsetzung
	Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, VO (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2.12.2021, mit nachfolgenden VOen
	Daraus abgeleitet die Gesetze und Verordnungen zur Umsetzung der Agrarförderung in Deutschland, insbes. von <ul style="list-style-type: none"> - GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem - Direktzahlungen incl. Ökoregelungen und Tierprämien (Mutterkühe, Mutterschafe und -Ziegen) - Konditionalität - Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes

	<ul style="list-style-type: none"> - daraus abgeleitet Landesförderprogramme mit EU- (und Bundes-)Kofinanzierung: Einzelbetriebliche Investitionsförderung, Förderung kleiner landw. Betriebe, Innovative Maßnahmen für Frauen, - Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz, Tierwohl (FAKT), Landschaftspflegerichtlinie u.a.
	Nachfolgend ein LINK zu den wichtigsten Rechtsgrundlagen der Europ. Union in der Agrarförderung: https://foerderung.landwirtschaft-bw.de/,Lde/Startseite/Agrarpolitik/Foerderperiode+2023-2027+-+Rechtsgrundlagen
	Außerhalb dieser EU-notifizierten Förderprogramme sind kommunale Fördermaßnahmen in geringem Rahmen möglich. Die EU regelt die Vorgaben dazu in folgenden VOen:
	Mitteilung der Kommission Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2022/C 485/01 vom 21.12.2022
	Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 1-81)
	Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen
	Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor
	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
Landwirtschaft	VERORDNUNG (EG) 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln vom 21.09.2009, mit Änderungen
⇒ Fachrecht Pflanze	RL (EWG) Rat - 676/1991 Nitratrictlinie vom 12.12.1991, mit Änderungen
	Entscheidung KOM - 2009/753/EG - Verlängerung Ausnahmeregelung Nitrat vom 12.10.2009, mit Änderungen-
	Entscheidung KOM (2009/715 EG) zur Nichtaufnahme von Chlorthal-dimethyl für Pflanzenschutzmittel vom 23.09.2009
	Entscheidung der Kommission auf Genehmigung einer Ausnahmeregelung auf der Grundlage der Richtlinie 91/676 (EWG) des Rates zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen - 1013/2006, vom 22.12.2006
⇒ Fachrecht Umwelt	Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung, mit Änderungen
	Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie) vom 23.10.2000
	RICHTLINIE 92/43/EWG DES RATES zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanze (FFH-Richtlinie) vom 21.05.1992
	Neu: EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (angenommen vom Rat am 17.6.2024)
	VO (EG) KOM - 0555/2008 - Marktorganisation Wein vom 27.06.2008

⇒ Fachrecht Öko	Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 vom 30.05.2018
	Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel (EU-Kontrollverordnung) vom 15.03.2017
⇒ Fachrecht GVO	Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel
	Verordnung (EG) Nr. 1830/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln sowie zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG sowie diverse weitere VO'en/RL'en zu GVO
⇒ Fachrecht Tier	Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport vom 22.12.2004
	Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates (Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV), mit Änderungen
	Diverse Tierkennzeichnungsverordnungen (Rinder, Schafe, Ziegen, Equiden...)
	RL (EG) Rat - 2008/119/EG - Mindestanforderungen Schutz Kälber vom 18.12.2008
	18.12.2008 - RL (EG) Rat - 2008/120/EG - Mindestanforderungen Schutz Schweine
	Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen
	Richtlinie 2007/43/EG des Rates vom 28. Juni 2007 mit Mindestvorschriften zum Schutz von Masthühnern
	12.01.2005 - VO (EG) Rat und Parlament 183/2005 – Futtermittelhygieneverordnung und diverse weitere VOen zum Futtermittelrecht und zur Rückverfolgbarkeit
	Verordnung (EG) 589/2008 der Kommission vom 23 Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier
	RL (EG) Rat - 2000/75/EG - Bekämpfung und Tilgung der Blauzungenkrankheit vom 20.11.2000
⇒ Fachrecht Tierzucht	Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über die Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für die Zucht, den Handel und die Verbringung in die Union von reinrassigen Zuchttieren und Hybridzuchtschweinen sowie deren Zuchtmaterial und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014, der Richtlinien des Rates 89/608/EWG und 90/425/EWG sowie zur Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tierzucht („Tierzuchtverordnung“) vom 8.6.2016
	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für den Handel mit Zuchttieren und deren Zuchtmaterial in der Union sowie für die Einfuhr derselben in die Union vom 11.02.2014

	Verordnung (EG) Nr. 999/2001 (Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien)
Förderrecht/Fachrecht Ernährung	EU-Schulprogramm: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen
	Verordnung (EU) 2016/795 des Rates vom 11. April 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse
	Durchführungsverordnung (EU) 2017/39 der Kommission vom 3. November 2016 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Gewährung einer Unionsbeihilfe für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen
	Delegierte Verordnung (EU) 2017/40 der Kommission vom 3. November 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Gewährung einer Unionsbeihilfe für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen und zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission
	Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene

Dezernat III

	EU-Recht
Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Richtlinie 2001/40/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (ABl. EG Nr. L 149 S. 34), 2. Richtlinie 2001/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (ABl. EG Nr. L 187 S. 45), 3. Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 212 S. 12), 4. Richtlinie 2002/90/EG des Rates vom 28. November 2002 zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (ABl. EG Nr. L 328 S. 17), 5. Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (ABl. EU Nr. L 251 S. 12),

	<p>6. Richtlinie 2003/110/EG des Rates vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg (ABl. EU Nr. L 321 S. 26),</p> <p>7. Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. EU 2004 Nr. L 16 S. 44),</p> <p>8. Richtlinie 2004/81/EG vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren (ABl. EU Nr. L 261 S. 19),</p> <p>9. Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (ABl. EU Nr. L 304 S. 12),</p> <p>10. Richtlinie 2004/114/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zwecks Absolvierung eines Studiums oder Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst (ABl. EU Nr. L 375 S. 12),</p> <p>11. Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung (ABl. EU Nr. L 289 S. 15).</p>
Fahrpersonalrecht, Arbeitsschutz	VO (EG) 561/ 2006 Regelung Sozialvorschriften/ Lenk- und Ruhezeiten, VO (EU) 165/ 2014 Kontrollgeräte- Richtlinie, AETR-Verordnung zu den Lenk- und Ruhezeiten für Drittstaaten, VO (EU) 2022/ 694 Risikoeinstufung/ -bewertung, RL 2002/ 15/ EG EU- Arbeitszeitrichtlinie, RL 2006/ 22/ EG Durchführungsverordnung Straßen- und Betriebskontrollen, VO (EG) 1071/ 2009 Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers, VO (EG) 1072/ 2009 Zugang zum grenzüberschreitenden Güterverkehr, VO (EG) 1073/ 2009 Zugang zum Grenzüberschreitenden Personenverkehr
Straßenverkehr	EU-Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG
Nahverkehr	VO 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße
	EU-Richtlinie 2019/1161 CVD
Kfz-Zulassung	EU-Richtlinie 1071/2009 und 1072/2009 Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr
	EU-Richtlinie 2022/1055 zur Änderung der Richtlinien 1071 + 1072/2009 und 1024/2012
	EU-Richtlinie 2022/738 Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über Verwendung von eingesetzten gemieteten Fahrzeugen aus der EU
	EU-Richtlinie 2016/403 zur Ergänzung der VO 1071/2009 auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit des Kraftverkehrsunternehmens /Verkehrsleiters führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22 EG vom 18.03.2016

	Richtlinie 2022/695 zur Festlegung von Regeln für die Anwendung der Richtlinie 2006/22/EG hinsichtlich der gemeinsamen Formel für die Berechnung der Risikoeinstufung vom 02.05.2022
	EU-Richtlinie 1072/2009 vom 21.10.2009 Fahrerbescheinigung
	EU-Richtlinie 2021/267 Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen auf die anhaltende Covid-19-Krise hinsichtlich der Erneuerung und Verlängerung bestimmter Lizenzen und Genehmigungen
	Auswirkungen der EU-Richtlinie 2020/1055 auf das Güterkraftverkehrsrecht VO 2014/45/EU vom 03.04.2014 VO 2018/858/EU vom 30.05.2018 Verordnung zum Neuerlass der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20.07.2023
Fahrerlaubnis	EU-Richtlinie 2006/126/EG vom 20.12.2006 als Neufassung der EU-Richtlinie 91/439/EWG
	EU-Richtlinie 2003/59/EG vom 15.07.2003
	VO 2020/698 vom 25.05.2020 und VO 2021/267 vom 16.02.2021
	Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland ab 01.01.2021 - Brexit
	VO 2022/1280 vom 18.07.2022 zum Umgang mit Fahrendokumenten von Geflüchteten aus der Ukraine

Dezernat IV

	EU-Recht
Soziales	EU-Richtlinie 2016/800 über „Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind“
	Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) vom 11.05.2011
	Regelungen im Vergaberecht und im Datenschutz

Dezernat V

	EU-Recht
Trinkwasser	EU-TWR, Richtlinie 2020/2184 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch
Badegewässer	Richtlinie 2006/7/EG über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG

Fleischhygienegebühren	VO (EU) Nr. 2017/625 über amtliche Kontrollen
Lebensmittelhygiene	VO (EU) 2017/625 mit 34 zugehörigen Durchführungsverordnungen und delegierten Verordnungen
	Durchführungsverordnung (EU) 2021/403 Veterinärbescheinigungen
	Delegierte VO (EU) 2020/2154 Veterinärbescheinigungen tierische Erzeugnisse
	Delegierte VO (EU) 2019/2123 Nämlichkeitskontrollen und Warenuntersuchungen
	Durchführungsverordnung (EU) 2019/1873 amtliche Kontrollen bei Erzeugnissen tierischen Ursprungs
	Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 Bericht mehrjähriger Nationaler Kontrollplan (MNKP)
	VO (EU) 210/2013 Zulassung Sprossen erzeugende Betriebe
	VO (EU) 517/2011 - Salmonellen Legehennen
	VO (EG) 1881/2006 Kontaminanten in Lebensmitteln
	VO (EG) 2073/2005 Mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel
	VO (EG) 1935/2004 Materialien in Berührung mit Lebensmitteln
	VO (EG) 852/2004 - Hygiene Lebensmittel
	VO (EG) 853/2004 Hygiene Lebensmittel tierischen Ursprungs
	VO (EG) 1829/2003 - genetisch veränderte Lebensmittel
	VO (EG) 178/2002 - Lebensmittelsicherheit
Tiergesundheit	VO (EU) 2016/429 Tiergesundheitsrecht mit <u>19 zugehörigen Durchführungsverordnungen</u> und delegierten Verordnungen
	VO (EG) 999/2001 – Transmissible Spongiforme Enzephalopathien (TSE/BSE)
	VO (EU) 576/2013 Verbringung von Heimtieren
Tierschutz	VO (EG) 1099/2009 - Tierschutz bei der Schlachtung
	VO (EG) 1/2005 Tierschutz beim Tiertransport

Dezernat VI

	EU-Recht
Bauen	<p>Baukoordinierungsrichtlinie</p> <p>Die Regelungen der Baukoordinierungsrichtlinie (Richtlinie 93/37/EWG) vom 14.06.1993/ 13.10.1997 gelten für die Vergabe von Bauaufträgen, die den Schwellenwert der EG-Koordinierungsrichtlinie erreichen oder übersteigen. Der Schwellenwert für öffentliche Bauaufträge ist aktuell auf 5.538.000 Euro festgelegt. Er bezieht sich auf den Gesamtauftragswert eines Bauwerks, damit sind alle Bauaufträge für eine bauliche Anlage gemeint. In der Praxis müssen dann 80% der Bauaufträge europaweit ausgeschrieben werden. Nur 20% des Gesamtauftragswertes können national ausgeschrieben werden.</p>

	EU-Recht
Immissionen	<p>Durch die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden wird ein CO2-neutraler Gebäudebetrieb gefordert. Alle Neubauten sollen ab 2028 emissionsfrei sein. Für Neubauten, die Behörden nutzen, betreiben oder besitzen, soll das schon ab 2026 gelten. Außerdem sollen alle Neubauten bis 2028 mit Solaranlagen ausgestattet werden, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist.</p> <p>Richtlinie (EU) 2024/1275 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2024 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR) (europa.eu)</p>
Archive	<p><u>GT 632:</u> Die sogenannte EU-DSGVO ist für Archive dahingehend relevant, als dass die Daten, trotz dass sie eigentlich gelöscht werden sollten, den Archiven angeboten werden müssen. Die sogenannte „Zweckbindung“ ist hier entscheidend: Die „Privilegierung der Archive“ wird dabei in Art. 89 EU-DSGVO „Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken“ geregelt.</p> <p>Weitere Grundlagen neben der EU-DSGVO sind das Landesarchivgesetz von Baden-Württemberg (LArchGBW) sowie weitere Gesetzgebungen wie das Bundesarchivgesetz aber auch das Bundes- und Landesdatenschutzgesetz (BDSG u. LDSG (BW)).</p> <p>Zusammenfassend kann dazu mitgeteilt werden: Die EU-DSGVO gilt grundsätzlich auch für Archive. Die Archivierung personenbezogener Daten wird dadurch erheblich erschwert. Aber durch die Privilegierung für die Archivierung im öffentlichen Interesse ist die Arbeit von Archiven weiterhin gewährleistet. Es erfordert aber von den Archiven erweiterte Kontroll- und Dokumentationspflichten v. a. bei Übernahme und Zugänglichmachung personenbezogener Daten.</p>
Bildung	<p>Es gibt eine europäische Bildungszusammenarbeit, die Ziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung festlegt. Im Februar 2021 setzten die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der EU die Wegmarken für ihre Zusammenarbeit bis 2030. Diese sind festgelegt im „strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030).“ Fünf Prioritäten stehen im Fokus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Inklusion und Bildungsqualität • Lebenslanges Lernen und Mobilität • Lehrende • Hochschulen

	EU-Recht
	<ul style="list-style-type: none"> • Grüner und digitaler Wandel <p>Direkte Auswirkungen dieser strategischen Überlegungen sind für die tägliche Arbeit der Kreisverwaltung nicht erkennbar.</p>
Bildung Volkshochschule	<p>Die Schiller-vhs bietet Kurse an, welche durch das Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Dies betrifft ausschließlich Kurse der Beruflichen Weiterbildung (EDV, kaufmännische Kurse sowie Wirtschaftsenglisch). Die ESF-Förderung der Teilnehmenden ist an bestimmte Regeln gebunden.</p> <p>Die Teilnehmenden müssen in Baden-Württemberg wohnhaft oder beschäftigt sein und darüber hinaus eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sie sind in einem Betrieb beschäftigt, aber nicht bei Bund, Land oder einer kommunalen Gebietskörperschaft (Beschäftigte von rechtlich selbständigen Unternehmen, die aus Mitteln der öffentlichen Hand getragen werden, sind förderfähig). - Sie sind Unternehmer/-in oder Freiberufler/-in. - Sie sind Existenzgründer/-in oder gründungswillig. - Sie sind Wiedereinsteiger/-in (nach Arbeitslosigkeit, Familienphase o. ä.). <p>Des Weiteren gelten für verschiedene Altersgruppen verschiedene Fördersätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilnehmende bis 55 Jahren erhalten 30% der Kursgebühren - Teilnehmende ab 55 Jahren erhalten 70% der Kursgebühren - Teilnehmende ohne Berufsabschluss erhalten unabhängig vom Alter 70% der Kursgebühren <p>Das Angebot dieser Kurse ermöglicht Interessenten der obenstehenden Gruppen eine bessere Teilhabe an beruflicher Weiterbildung. Die Schiller-vhs plant in der Regel ca. 50 Kurse pro Jahr, welche förderfähig wären. Im Jahr 2023 sind z.B. 35 solcher Kurse durchgeführt worden und die Teilnehmenden, welche die Voraussetzungen erfüllten, haben Förderungen erhalten.</p>
Lebensmittel	<p>Die Lebensmittelverordnung des Europäischen Parlaments gilt auch für das Schullandheim Strümpfelbrunn. Sie enthält die Verpflichtung, Allergene im Essen zu markieren. Dies geschieht auf dem Speiseplan, der im Speisesaal ausgehängt wird. Ansonsten werden die üblichen Hygieneschulungen in regelmäßigen Abständen durchgeführt.</p>
Bauen	<p>Streichung des § 3 Absatz 7 Satz 2 VgV (Vergabeverordnung) um einem Konflikt mit der EU-Kommission aus dem Weg zu gehen. Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf am 16.6.2023 zugestimmt. Durch die Streichung werden bei der Ermittlung des Schwellenwerts alle Planungsleistungen zusammengerechnet und nicht mehr – wie bisher – nur die Planungsleistungen gleicher Art. Dies führt dazu, dass bei öffentlichen Bauvorhaben, schon bei Bauvorhaben ab etwa 1 Mio. Euro, rund 80 %</p>

	EU-Recht
	<p>der Ingenieurleistungen europaweit ausgeschrieben werden müssen. Dies bedeutet, dass deutlich mehr EU-weite Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden müssen.</p> <p>Richtlinie (EU) 2024/1275 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2024 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR) (europa.eu)</p> <p>Die „Energy Performance of buildings directive – EPBD“ der EU ist am 28.05.2024 in Kraft getreten, die Mitgliedsstaaten haben anschließend 24 Monate Zeit dies in nationales Recht umzusetzen. Hierzu wird es einer Novellierung des GEG bedürfen.</p> <p>Die Richtlinie soll dafür sorgen, dass der Gebäudebereich in der EU zum einen bis 2030 wesentlich weniger Treibhausgasemissionen erzeugt und Energie verbraucht und zum anderen bis 2050 klimaneutral wird. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ab dem 1. Januar 2028 neue Gebäude, die sich im Eigentum von öffentlichen Einrichtungen befinden Nullemissionsgebäude sind. Ein Nullemissionsgebäude darf an seinem Standort keine CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen verursachen. Höherer Planungsaufwand und höhere Investitionskosten. Geringerer Energiebedarf.</p>
Beschaffungen	<p>Richtlinie für klassische öffentliche Aufträge (RL 2014/24/EU)</p> <p>Seit dem 01.01.2024 gelten folgende Schwellenwerte, ab deren Erreichen ein EU-weites Vergabeverfahren durchzuführen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauleistungen: 5.538.000 Euro (netto) • Liefer- und Dienstleistungen: 221.000 Euro (netto) • Bei der Vergabe von Sozialen und anderen Besonderen Dienstleistungen im Sinne des Anhangs XIV der Richtlinie 2014/24/EU gab es keine Anpassung. Der Schwellenwert beträgt weiterhin 750.000 Euro (netto). <p>In EU-weiten Verfahren ist seit dem 25.10.2023 der Einsatz von eForms verpflichtend. Bei eForms handelt es sich um neue elektronische Standardformulare, die in EU-weiten Vergabeverfahren eingesetzt werden, um Bekanntmachungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge zu veröffentlichen. Rechtsgrundlage für die Einführung von eForms ist die Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 der Europäischen Kommission vom 23.09.2019. In Deutschland wurde die Pflicht zur Anwendung der eForms oberhalb der EU-Schwellenwerte in § 10 a Vergabeordnung umgesetzt.</p>